



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.440.544

Wien, am 22. Juni 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Hermann Brückl, MA hat am 24. April 2026 unter der Nr. **5953/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Türkische Propaganda für Parallelstrukturen in Wien“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *War Ihnen die Union Internationaler Demokraten Wien (UID Wien), ZVR-Zahl 493126266, vor dieser Anfrage bekannt?*

Ja.

Zu den Fragen 2, 4 und 5:

- *Steht die UID Wien unter Beobachtung der DSN bzw. des LSE?*
 - a. *Wenn ja, warum?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Ist die UID Wien in der Vergangenheit bereits einmal durch derartige Aktivitäten wie die oben genannten aufgefallen?*
 - a. *Wenn ja, welche?*

- *Gibt es weitere Vereine bzw. Organisationen wie die UID Wien, die in Österreich gegen den freiheitlich-demokratischen, säkularen Staat auftreten?*
 - a. *Wenn ja, welche?*
 - b. *Wenn ja, durch welche Aktivitäten sind diese bisher aufgefallen?*

Auf Grund des überwiegenden Geheimhaltungsinteresses der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, muss von einer Beantwortung dieser Fragen Abstand genommen werden. Hierzu darf ausgeführt werden, dass aus jedweder Beantwortung – und sei es auch eine verneinende – Rückschlüsse gezogen werden können. Dies könnte aktuelle oder zukünftige Ermittlungen konterkarieren und die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden erschweren bzw. in gewissen Bereichen unmöglich machen.

Zur Frage 3:

- *Sind Aktivitäten, welche türkische bzw. österreichische Staatsbürger mit vormals türkischer Staatsbürgerschaft dazu motivieren sollen, gegen den freiheitlich-demokratischen, säkularen Staat aufzutreten, als verfassungsfeindlich zu qualifizieren?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*

Verfassungsfeindlich sind (politische) Aktivitäten, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind und darauf abzielen, den demokratisch liberalen Rechtsstaat zu beseitigen. Eine pauschale Beurteilung ist nicht möglich.

Gerhard Karner

